

## Antrag

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Edith Kollermann § 32 LGO 2001

betreffend: "**Klimabudget für Niederösterreich**"

Geld und natürliche Ressourcen haben eines gemeinsam: Sie sind nicht unendlich verfügbar, weshalb Sparsamkeit in beiden Fällen ein Gebot ist. Die Umwelthauptstadt Oslo hat diesen Grundsatz zum Mittelpunkt politischer Arbeit gemacht. Seit 2016 gibt es ein Klimabudget, das parallel zum Finanzbudget erstellt wird und Jahr für Jahr Grenzwerte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes festlegt. Die Ziele der Norweger sind ehrgeizig: Statt den Zielvorgaben des kleinsten gemeinsamen Nenners hinterherzulaufen, sollen die Emissionen bis 2030 um 95 Prozent sinken. Ein Weg, der Niederösterreich mit gutem Willen als Best-Practice-Beispiel dienen kann.

Wir müssen aber nicht in die Ferne schweifen, sondern können uns in dieser Hinsicht getrost an Wien orientieren. Dort wurde - im Rahmen der SPÖ/NEOS-Fortschrittskoalition Folgendes vereinbart:

*"Ab dem Voranschlag 2022 wird jährlich ein nochmals erweitertes Klimabudget inklusive Treibhausgas-Budget, Klimachecks für Projekte und Umsetzungsvaluierung erstellt. Damit wird eine noch wirkungsvollere Auswahl und Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele erreicht."*

*"Das Wiener Klimabudget wird als Teil des jährlichen Voranschlags vom Gemeinderat mitbeschlossen. Als wichtige Quelle für die darin enthaltene Maßnahmenauswahl dient die Smart City Roadmap, die Maßnahmenbündel und Instrumente zur Zielerreichung enthält, und die regelmäßig aktualisiert wird."*

Um auch in Niederösterreich das politische Handeln generationenfair aufzustellen, muss eine nachhaltige, vorausschauende Klimapolitik das Ziel sein. Wenn das Budget in Zahlen gegossene Politik ist, dann müssen die Klimaziele des Landes dort ihren Niederschlag finden. Wir fordern daher einen Voranschlag, der die Auswirkung der einzelnen Vorhaben auf das Klima berücksichtigt, sowie die jährliche Erstellung eines Klimabudgets parallel zum Fiskalhaushalt. Auf Basis der bestehenden Verpflichtungen muss ein CO<sub>2</sub>-Haushalt transparent - also nachvollziehbar für Bürgerinnen und Bürger - geführt werden und u.a. folgende Punkte beinhalten:

- Eine Übersicht über das NÖ zuzuordnende bis 2050 zur Verfügung stehende CO<sub>2</sub>-Budget; Maßnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, deren Finanzierung und ihre quantitative Wirkung.
- Eine Verpflichtung zur CO<sub>2</sub>-Folgeabschätzung von Großprojekten, zu Maßnahmen und Gesetzen, um Auswirkungen auf CO<sub>2</sub>-Emissionen quantitativ prüfen zu können.
- Klare rechtliche Bestimmungen für die Zuweisung finanzieller Mittel und Ausgleichsmaßnahmen. Wie im Finanzhaushalt wird es beim CO<sub>2</sub>-Haushalt Über- und Unterschreitungen der vorgesehenen Klimaausgaben geben, die durch Vorgriffe bzw. Rücklagen kompensiert werden. Ein Transfer von CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen den Bundesländern soll bei länderübergreifenden Projekten möglich sein.
- Klar definierte Berichtspflichten. Wie beim Finanzhaushalt schafft der CO<sub>2</sub>-Haushalt einen Rahmen für verantwortliches, generationengerechtes Handeln. Durch klar definierte Berichtspflichten können alle politischen Maßnahmen transparent von Entscheidungsträgern, Kontrollinstanzen sowie der Zivilgesellschaft verfolgt und nachvollzogen werden.

- Langfristig kann mit einem Klimabudget ein grundsätzlicher Wandel im politischen Denken ermöglicht werden, der die finanzpolitische Verantwortung um eine klimapolitische ergänzt. Damit wird künftig verhindert, im Hier und Jetzt Maßnahmen zu setzen, und zugleich daraus resultierende Emissions-Schulden späteren Generationen aufzubürden. Die Beispiele Oslo und Wien zeigen, dass ein Klimabudget ohne großen Verwaltungsaufwand wirksam werden kann. Langfristig werden dadurch jedenfalls Milliardenbeträge eingespart – und zwar durch die Vermeidung von milliardenhohen Strafzahlungen einerseits, sowie durch die Abschwächung der Folgen des Klimawandels andererseits.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, die notwendigen Schritte zu setzen, um das niederösterreichische Klimabudget in jedem weiteren Voranschlag des Landes Niederösterreich wirksam werden zu lassen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem UMWELT-Ausschuss zur Vorbereitung zuzuweisen.